

Nachhaltige öffentliche Beschaffung in Deutschland

Wo bleibt die Implementierungs-offensive?

Die Umweltfreundlichkeit spielt beim Einkauf von Produkten durch die öffentliche Hand in anderen Ländern der Europäischen Union eine erhebliche Rolle. Mögliche Anreizsysteme und die positiven Auswirkungen eines solchen Einkaufsverhaltens sind längst bekannt. Weshalb hinkt Deutschland in der Umsetzung hinterher?
 Von Ria Müller

Von Kopierpapier über IT bis zur Reinigung, Beheizung und Sanierung von Verwaltungsgebäuden – deutsche Behörden kaufen für 260 bis 360 Milliarden Euro im Jahr ein (1). In der gesamten Europäischen Union beträgt das Ausgabenbudget der öffentlichen Hand jährlich zwei Billionen Euro. Das entspricht etwa 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Europäischen Union (2). Das direkt treibhausgasrelevante Beschaffungsvolumen wird auf rund 50 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt (3): eine relevante Nachfragemenge, um den Markt in Richtung nachhaltige Produkte und Dienstleistungen zu verändern.

Das umweltfreundliche Einkaufsverhalten des Staates wird im Englischen als „Green Public Procurement“ (GPP) bezeichnet. GPP fordert die Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen, deren direkte Umweltauswirkungen geringer sind als die vergleichbarer Konkurrenzprodukte. Sie enthalten weniger oder keine gesundheitsschädlichen Inhaltsstoffe, verbrauchen nachweislich weniger Strom und Wasser, Produktion und Nutzung gehen mit geringeren Luft- und/oder Wasseremissionen einher. Nachhaltige öffentliche Beschaffung (engl.: „Sustainable Public Procurement“, SPP) berücksichtigt zusätzlich Anforderungen an Gesundheitsschutz und sozial verantwortliche Arbeitsbedingungen in der gesamten Wertschöpfungskette der zu beschaffenden Güter und Dienstleistungen.

Beispiel für nachhaltige Beschaffung

In Düsseldorf, München und weiteren fast 200 Kommunen werden SPP-Entscheidungen auf Basis von Gemeinderatsbeschlüssen getroffen, die festlegen, dass bei der Beschaffung ausschließlich Produkte berücksichtigt werden, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention 182 hergestellt und verarbeitet wurden. Ein Beispiel für SPP ist, wenn für Angestellte in öffentlichen Einrichtungen Arbeitskleidung gekauft wird, die nachweislich aus Bio-Baumwolle und

unter fairen Arbeitsbedingungen hergestellt wurde. Die Feuerwehr der Stadt Düsseldorf beschafft seit 2002 fair hergestellte Arbeitskleidung. Trotz der aktuellen Bemühungen mehrerer Bundesländer um faire Beschaffung findet SPP hierzulande noch als Nebenschauplatz und überwiegend im kommunalen Kontext statt – häufig initiiert von einigen engagierten Einzelpersonen. Die nachfolgenden Aussagen beziehen sich aus diesem Grund in weiten Teilen auf GPP.

IÖW und Öko-Institut haben gerade ein dreijähriges UFO-PLAN-Vorhaben im Themenfeld der umweltfreundlichen öffentlichen Beschaffung abgeschlossen. Ziel dieses Vorhabens war es, das Umweltbundesamt bei der Förderung der Verbreitung umweltfreundlicher Produkte und Dienstleistungen durch das öffentliche Beschaffungswesen fachlich zu unterstützen und Maßnahmen voranzutreiben, die im EU-Aktionsplan für Nachhaltigkeit in Verbrauch und Produktion und für eine nachhaltige Industriepolitik angekündigt sind. Dazu gehört unter anderem die Anreizsetzung für die Anschaffung von Produkten mit hoher Energieeffizienz und Umweltverträglichkeit.

Dieser Beitrag reflektiert Erfahrungen und Beobachtungen zum Umsetzungsfortschritt der umweltfreundlichen wie der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in Deutschland. Dafür werden ausgewählte Projektergebnisse vorgestellt, aktuelle Studien analysiert, Entwicklungstendenzen beschrieben und die kurz- und mittelfristigen Herausforderungen aufgezeigt.

Stand der Umsetzung

Innerhalb der EU wurde angestrebt, dass die Hälfte der öffentlichen Kaufverträge in den Mitgliedsstaaten bis 2010 umweltorientiert ist (4). Das bedeutet, dass in jedem zweiten Vergabeverfahren zu einer der zehn Produkt- und Dienstleistungsgruppen aus dem sogenannten „First set“ der EU GPP-Kriterien alle „Kernkriterien“ berücksichtigt werden (5). In Belgien, Dänemark, den Niederlanden und Schweden wurde dieses Ziel realisiert: 60 bis 80 Prozent der Auftragsvergaben in 2009/10 berücksichtigten alle EU GPP-Kernkriterien. Hingegen ökologisiert sich das Beschaffungswesen in Deutschland nur langsam, es hinkt hinter dem oben genannten Ziel her: 2009/2010 war lediglich ein Drittel der Verträge der öffentlichen Hand „grün“ (6). Woran liegt das? Was steht der flächendeckenden und umfassenden Anwendung ökologischer Anforderungen beim öffentlichen Einkauf im Wege?

Der europäische und nationale Rechtsrahmen zu GPP ist eindeutig: Die Gesetzgebung erklärt GPP als rechtlich zulässig und die Instrumentarien zur Formulierung der Ausschreibungsunterlagen (Verwendung der Anforderungen aus Verga-

begründungen anerkannter Umweltzeichen) und der Angebotswertung (Lebenszykluskostenberechnung) sind klar formuliert. Die Effizienz der Umsetzung hat noch Verbesserungspotenzial. Bei der konkreten organisatorischen Verankerung bietet die EU-Kommission seit zehn Jahren Unterstützung. Sie fordert von den Mitgliedstaaten, sogenannte „Aktionspläne für eine umweltfreundliche Beschaffung“ zu erstellen (7). Ein solcher Nationaler Aktionsplan (NAP) benennt und quantifiziert idealerweise Ziele für den anvisierten Umfang der „grünen“ und „nachhaltigen“ Verträge und enthält ein konkretes Maßnahmenprogramm, das die prioritären Produktgruppen benennt, die praktische Umsetzung skizziert und diese mit einem Zeitplan hinterlegt. Zwanzig der EU27-Staaten haben heute bereits einen NAP für GPP, darunter Finnland, Malta, Polen und Portugal.

In Deutschland existiert keine äquivalente quantifizierte Strategie, die Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen und einheitlich betrifft. Deutschland hat keinen NAP für GPP oder SPP. Die Bundesregierung bleibt in der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie dazu vage. Und der Deutsche Städte- und Gemeindebund sprach sich – auch wenn er sich heute in der „Allianz für eine nachhaltige Beschaffung“ engagiert – 2005 ausdrücklich gegen die Aufstellung eines deutschen NAP für GPP aus, der verpflichtende, über das nationale Vergaberecht hinausreichende Vorgaben enthält (8). Er erteilte damit als zweiter wichtiger politischer Akteur der Umsetzung von GPP im großen Stil eine deutliche Absage. Ungeachtet dessen gilt GPP seit dem Beschluss zur verstärkten Innovationsorientierung öffentlicher Beschaffung vom Oktober 2007 als ein Hoffnungsträger, (Öko-)Innovationen schneller marktfähig zu machen.

In diesem Kontext ist auch das „Maßnahmenprogramm Nachhaltigkeit“ des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung vom 6. Dezember 2010 zu verstehen. Die Bundesregierung erklärte darin nachhaltiges Handeln auch zum Grundprinzip des Verwaltungshandelns und beschloss, bis zum Jahr 2020 die CO₂-Emissionen im Vergleich zu 1990 zu halbieren – ausdrücklich nur in ihrem Geschäftsbereich. Eine direkte Handlungsempfehlung oder -verpflichtung für die öffentlichen Beschaffungsstellen der Länder und Kommunen, die auf den Einkauf von CO₂-ärmeren Produkten und Dienstleistungen abzielt, wurde damit nicht verbunden. Die bisher konkreteste Ausformulierung von GPP-Maßnahmen enthält der „Masterplan Nachhaltigkeit für das Beschaffungsamt des BMI“, den die seit 2012 arbeitende Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung vorgelegt hat, aber seit Februar 2012 nicht (zumindest nicht öffentlich zugänglich) aktualisiert (9).

Für die obersten Bundesbehörden gelten derzeit als verbindliche Regelungen zur nachhaltigen Beschaffung der Erlass von Beschaffung von Holzprodukten vom Januar 2007 und die Allgemeine Verwaltungsvorschrift der Bundesregierung zur Beschaffung energieeffizienter Produkte und Dienstleistungen vom Januar 2008. Zunehmend mehr Landesvergabegesetze wie die von Bremen, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen verpflichten öffentliche Auftraggeber zur Berücksichtigung von

Kriterien des Umweltschutzes, der Energieeffizienz und der ILO Kernarbeitsnormen bei der Vergabe von Aufträgen (10).

Hierzulande beschaffen 23.000-30.000 Vergabestellen der öffentlichen Hand – die großen, wie das Beschaffungsamt des BMI, mit einem Jahresbudget von rund 700 Millionen Euro (11). Der Bedarf an hochwertiger und auf den Bedarf der einzelnen Beschaffungsstelle zugeschnittenen Kompetenzvermittlung zur GPP/SPP ist entsprechend groß. Wie steht es um die berufliche Aus- und Fortbildung der Angestellten des öffentlichen Dienstes zu GPP/SPP-Themen? In keinsten Weise zufriedenstellend. Immer wieder wird bemängelt, dass Beschaffungsverantwortliche über unzureichend zeitliche Ressourcen und/oder Expertise verfügen, ökologische Anforderungen bei der öffentlichen Auftragsvergabe umfassend zu berücksichtigen. Öko-Institut und ICLEI bringen zurzeit Umfang und Form der Verankerung von SPP in den Lehrplänen der Verwaltungsfachhochschulen in Erfahrung, entwickelten ein Schulungskonzept und -materialien für nachhaltige Auftragsvergabe und führten Schulungen durch. Ein guter Anfang – und ein Tropfen auf den heißen Stein. Denn aktuell stehen einer extrem geringen Anzahl GPP-Schulungen mehr als 30.000 potenzielle Schulungsteilnehmer (innen) und rund 430 GPP-Arbeitshilfen gegenüber (12). Zeit und Grund genug für eine offensive, gut durchdachte SPP-Implementierungsstrategie der Bundesregierung.

Stellschrauben für eine nachhaltige Beschaffung

Die Beschaffungen deutscher Behörden sind klimarelevant und beeinflussen die Einhaltung von Menschenrechten. Durch nachhaltige Produkte und Dienstleistungen lässt sich allein das Ausmaß der Treibhausgasemissionen bis 2020 um rund zwölf Millionen Tonnen CO₂-Äqu reduzieren (13). Wie lassen sich GPP und SPP in Deutschland effektiv fördern? Zentrale Stellschrauben sind erstens Rechtssicherheit, zweitens bundesweit einheitliche Verbindlichkeiten und Gute Praxis, drittens offensive Kompetenzsicherung und viertens ein Verständnis von GPP als Managementaufgabe.

Rechtssicherheit

Die einschlägige Gesetzgebung auf den verschiedenen Verwaltungsebenen sowie die EuGH-Rechtsprechung haben den Weg zur rechtssicheren umweltfreundlichen öffentlichen Auftragsvergabe geebnet. Zu SPP existieren allgemeine Handlungsempfehlungen, seit Mitte 2012 ein rechtlicher Praxisleitfaden (14). Nachhaltige Beschaffungspraxis steckt dennoch in den Kinderschuhen. Immer noch besteht Unsicherheit, wenn es darum geht die Einhaltung von Nachhaltigkeitsanforderungen in langen beziehungsweise verzweigten Lieferketten zu überprüfen, zum Beispiel in der IT- oder Textil-Produktion. So sind für bestimmte Produktgruppen wie IT-Produkte bislang gar keine Nachhaltigkeitslabel vorhanden, auf deren Vergabegründungen sich Beschaffungsverantwortliche stützen könnten. Für Pro- →

„Die Einführung von bundesweit einheitlichen Vergabevorschriften geschieht nur zaghaf.“

duktgruppen wie Natursteine gibt es zwar eine Fülle an Labels. Diese sind jedoch nicht als TYP I oder TYP I-ähnlich nach ISO 14024 anerkannt – mit vergaberechtlichen Konsequenzen: Ihre Vergabegrundlagen können nicht zur Formulierung einzelner Nachhaltigkeitsanforderungen in der Leistungsbeschreibung hinzugezogen werden. Diese Lücke sollte mittelfristig geschlossen werden.

Bundesweit einheitliche Verbindlichkeiten und Gute Praxis

Auf Bundesebene wurden in den vergangenen Jahren einige verbindliche, richtungweisende Beschlüsse gefasst, die – wie oben beschrieben – auch teilweise von den Bundesländern übernommen werden. Es kristallisiert sich jedoch heraus, dass das föderative System der Bundesrepublik das zügige Zustandekommen bundesweit einheitlicher Vergabevorschriften behindert, die GPP konkret fördern und ausgestalten. Aufgrund der Länderhoheit und der Souveränität der Städte und Gemeinden investiert die öffentliche Hand nach unterschiedlichen Standards. Um das zu ändern ist proaktives und systematisches Vorgehen erforderlich: der bewusste Schulterschluss der beteiligten Verwaltungsebenen. Dieser findet noch zaghaf unter anderem seit 2011 in der „Allianz für eine nachhaltige Beschaffung“ statt. Vertreter(innen) des Bundes, der Länder sowie der kommunalen Spitzenverbände erarbeiten hier Lösungen für SPP in Expertengruppen zu Elektromobilität, Standards und Statistik/Monitoring. Der Bundesregierung eröffnet sich hier die Chance,

Abbildung 1: Auswahl Guter Praxisbeispiele für GPP

Gute GPP-Praxis:
Innenministerium Rheinland-Pfalz: gebündelte IT-Beschaffung von PCs und Monitoren
Stadt Halle (Saale): ökologische Papierbeschaffung
Stadt Frankfurt/Main: ökologische Sanierung der städtischen Liegenschaften
Bundesland Bremen: Ökostrombeschaffung und Energiespar-Contracting

Quelle: Eigene Darstellung

die jährlichen Empfehlungen zeitnah verbindlich in die politische Praxis umzusetzen und damit ungeachtet der oben genannten „Föderalismushürden“ GPP weiter voranzutreiben.

Erfreulicherweise findet GPP bereits unabhängig davon erfolgreich statt. Das zeigen unter anderem zehn Gute Praxis-Beispiele, die IÖW im Rahmen des UFOPLAN-Vorhabens zusammentrug (15). Behörden wie das Innenministerium von Rheinland-Pfalz und die Stadtverwaltungen von Halle (Saale), Frankfurt/Main und Bremen beschrieben GPP-Vergaben, die mit positiven Umwelteffekten wie Wasser-, Energie- und/oder CO₂-Einsparungen einhergehen. Allein für diese zehn Praxisbeispiele betragen die quantifizierbaren Einsparungen pro Jahr über 40.000 Tonnen CO₂ Äqu, 1.000 Terrawattstunden Strom und drei Millionen Liter Wasser. Abgesehen von den Mehrkosten einer Ökostromausschreibung konnte GPP in der Regel kostenneutral realisiert werden oder ging mit deutlich reduzierten Betriebskosten einher. Bei der Aufbereitung der Praxisbeispiele wurde Wert darauf gelegt, Ansprechpersonen zu benennen und interessierten Beschaffungsverantwortlichen Zugang zu den verwendeten Ausschreibungshilfen, Ausschreibungstexten, Vertragsunterlagen und den jeweils zugrunde liegenden Beschlüssen und Dienstanweisungen zu ermöglichen. Erfahrungsaustausch auf dieser Basis erleichtert unerfahrenen Behörden den Einstieg in die „grüne“ Beschaffung und motiviert Fortgeschrittene zur Erweiterung ihrer GPP-Aktivitäten. GPP benötigt und trägt noch mehr Bekanntheit.

Offensive Kompetenzsicherung.

Ein wichtiger Baustein für erfolgreiche GPP/ SPP-Vergabepaxis sind anwendungsbereite Handbücher und fundierte Ausschreibungs- und Bewertungshilfen. Zur Schulung und Unterstützung von Beschaffungsverantwortlichen stellt das Umweltbundesamt deshalb auf der Informationsplattform www.beschaffung-info.de ausgewählte GPP-Arbeitshilfen zur Verfügung: Ausschreibungsempfehlungen und Rechenhilfen zur Berechnung der Lebenszykluskosten. Das IÖW hat 2011/12 im Auftrag des Umweltbundesamtes den „Dschungel“ an GPP-relevanten Vergabegrundlagen und Handbüchern gelichtet. Ergebnis ist die Datenbank Umweltstandards (16), in der die Ergebnisse einer Bestandsaufnahme (17) existierender, öffentlich zugänglicher Umweltstandards eingepflegt sind. Erfasst wurden Vergabegrundlagen anerkannter Umweltzeichen, die Ausschreibungsempfehlungen des Umweltbundesamtes, der Europäischen Kommission (EU-GPP-Kriterien), einschlägige Handbücher und Beschaffungsleitfäden. Es handelte sich um eine Desktop-Studie rein quantitativen Charakters. Eine Bewertung der Standards hinsichtlich ihrer Qualität erfolgte nicht.

IÖW identifiziert insgesamt 426 Umweltkennzeichen und Leitfäden mit GPP-Relevanz für 54 Güter und Dienstleistungen – von Bürogeräten über Wärmeversorgungssysteme bis zur Organisation nachhaltiger Veranstaltungen. Für 52 der recherchierten Produktgruppen existieren Kriterien des Blauen Engels, für 18 Produktgruppen GPP-Kriterien der Europäischen

Kommission. Zu SPP sind 30 allgemeine Leitfäden verfügbar. IÖW sieht weiteren Handlungsbedarf darin, die für einen Großteil der untersuchten Produktgruppen vorhandenen GPP-Standards einer qualitativen Bewertung zu unterziehen, um die Spreu vom Weizen zu trennen. Auf dieser Basis können vereinheitlichte GPP/SPP-Handreichungen erarbeitet werden, die anschließend idealerweise systematisch und flächendeckend geschult und angewendet werden.

Verständnis von GPP als Managementaufgabe

Wie in der Privatwirtschaft entscheiden auch in der öffentlichen Verwaltung die Management-Kompetenz und das persönliche Bekenntnis der Entscheidungsträger(innen) in letzter Instanz darüber, ob eine Organisation „grün“ beschafft. Die Chefetage bestimmt Ziele, Aufgaben, personelle und finanzielle Ausstattung der Einkaufsabteilung. Sie legt die Leitlinien für oder gegen eine nachhaltige Ausrichtung des Einkaufs fest und formuliert damit auch ihr eigenes Bekenntnis. Eine Selbstverpflichtung zu GPP/SPP folgt dem klassischen Management-Kreislauf: Planen – Handeln – Kontrollieren – Verbessern. Die Einführung und Umsetzung von GPP und SPP sind deshalb als Managementaufgaben und -routinen zu verstehen, mit denen eine Organisation dauerhaft Verbesserung erzielen kann. Dafür müssen Abläufe geplant, mit finanziellen und personellen Ressourcen hinterlegt, koordiniert, evaluiert und gegebenenfalls nachgesteuert werden. Es ist eher selten, dass die Entscheidungsträger(innen) gleichzeitig Initiator(inn)en nachhaltiger Auftragsvergabe sind. Ihr Beschluss darüber, dass eine ganze Behörde zukünftig „grün“ oder nachhaltig einkauft, wird in der Regel erst erlassen, wenn erste GPP/SPP-Ausschreibungen erfolgreich durchgeführt wurden. Das initiale Engagement dafür lag und liegt häufig immer noch bei engagierten Einzelpersonen. Deren Erfahrungen und Motivation langfristig in die hier beschriebene Managementsystematik zu überführen ist nicht neu, nur leider bislang noch zu wenig im Bewusstsein (18).

Fazit und Ausblick

Es ist Bewegung in der deutschen GPP- und SPP-Landschaft. Gute Praxis-Beispiele zeigen zwar, dass sich erfolgreiche nachhaltige Vergabepaxis zeitnah realisieren lässt. Die bisherigen Umsetzungsfortschritte drohen jedoch zu verpuffen, solange in Deutschland ein konkretes, die Bundes-, Landes- und Kommunalebene gleichermaßen betreffendes Bekenntnis zu GPP und SPP fehlt: ein Nationaler Aktionsplan, der im Hinblick auf die organisatorische Verankerung des Themas in den Behörden und der Aus- und Fortbildung und die konkrete Ausgestaltung der Vergabepaxis mittelfristige Ziele quantifiziert, konkrete Maßnahmen benennt und ein Monitoring einfordert.

Flächendeckend 50 Prozent „grüne“ oder „nachhaltige“ öffentliche Verträge sind nicht im Spaziergang erreichbar. So wichtig und qualitativ hochwertig die bereits vorhandenen Schu-

„Ob Nachhaltigkeitsaspekte beim öffentlichen Einkauf systematisch berücksichtigt werden, hängt überwiegend vom Bewusstsein der jeweiligen Entscheidungsträger ab.“

lungsskripte und Leitfäden sind, sie ersetzen weder bundesweit verbindliche Zielvereinbarungen, Maßnahmenplanung und einheitliche Handreichungen noch die systematische Verankerung und großflächige Realisierung der Qualifizierung von Beschaffungsverantwortlichen zu GPP/SPP, die ich als Implementierungsoffensive für nachhaltige öffentliche Beschaffung bezeichne. Eine solche, regierungsseitig initiierte Maßnahme betrifft Praktiker(innen) in fast 30.000 deutschen Vergabestellen.

Kurzfristig und in der Übergangphase zu einem bundesweit verbindlichen SPP-Bekenntnis sind kleinere konkrete Schritte denkbar wie eine Selbstverpflichtung zum Bezug von Ökostrom in allen Gebäuden der öffentlichen Hand, hohe Energieeffizienz-Standards für alle IT/IKT-Neuanschaffungen sowie sozial verantwortliche Vergabe von Produkten mit problematischen Vorketten wie Dienstkleidung oder von Dienstleistungsaufträgen zur Reinigung der Verwaltungsgebäude.

Systematisch lassen sich Nachhaltigkeitsaspekte beim öffentlichen wie auch privatwirtschaftlichen Einkauf nur dann berücksichtigen, wenn den jeweiligen Entscheidungsträgern bewusst ist, dass SPP eine Managementaufgabe ist, die effektive Planungs-, Kommunikations- und Monitoringroutinen, Führungskompetenz und persönliches Bekenntnis erfordert.

Anmerkungen

- (1) Vgl. McKinsey (2008), S. 3 sowie Rat für Nachhaltige Entwicklung (2008), S. 3.
- (2) Vgl. CEPS/ CoE (2012), S. i.
- (3) Unter „direkt treibhausgasrelevant“ werden die Ausgaben der öffentlichen Hand für energieeffiziente IT/ Elektrogeräte, Gebäudeneubau und -sanierung, nachhaltige Mobilität, nachhaltige Wasserwirtschaft, Abfall und Recycling sowie Energieerzeugung verstanden. Siehe McKinsey (2008), S. 12.
- (4) Vgl. KOM (2008) 400, S. 9.
- (5) Im sogenannten „first set“ der EU GPP-Kriterien formulierte die Europäische Kommission bereits 2008 europaweit einheitliche Anforderungen für die umweltfreundliche Beschaffung von Kopierpapier, Reinigungsmitteln und Dienstleistungsverträgen für die Gebäudereinigung, elektrischen Bürogeräten/IT, Hochbau, Fahrzeugen, Möbeln, Strom, Lebensmitteln und Catering-Dienstleistungen, Textilien, Gartenbauprodukten und –dienstleistungen. Bis heute wurden neun weitere Produktgruppen ergänzt. Siehe dazu http://ec.europa.eu/environment/gpp/eu_gpp_criteria_en.htm



- (6) Vgl. CEPS/ CoE (2012), S. 87.
- (7) Vgl. KOM (2003) 302 endg.
- (8) Siehe http://www.dstgbvis.de/home/aktuelles_news/aeltere_beitraege/aktionsplaene_der_eu_kommission_fuer_gruene_beschaffung/index.html, Zugriff am 12.03.2013.
- (9) Herausgeber des Masterplans war die „Koordinierungsstelle für Nachhaltige Beschaffung“, so der Arbeitstitel der zu diesem Zeitpunkt sich in ihrer Aufbauphase befindlichen Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung.
- (10) Vgl. unter anderem §17 Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen – TVgG – NRW.
- (11) Siehe PwC (2009), S. 62; McKinsey (2008), S. 25.
- (12) Siehe dazu den Abschnitt zu (3) Offensive Kompetenzsicherung.
- (13) Vgl. McKinsey (2008b), S. 16.
- (14) Siehe http://www.landmark-project.eu/fileadmin/files/de/LANDMARK_Projekt_rechtlicher_Praxis-Leitfaden_SRP_2012.pdf
- (15) Verfügbar unter http://www.umweltbundesamt.de/produkte/beschaffung/gute_praxisbeispiele/index.htm
- (16) Siehe <http://www.umweltbundesamt.de/produkte/beschaffung/datenbank/index.html>
- (17) Die Dokumentation der Bestandsaufnahme inklusive der Empfehlungen von IÖW und der Arbeitsgruppe „Standards“ innerhalb der „Allianz für eine nachhaltige Beschaffung“ sind im Bericht des BMWi (2012) nachzulesen.
- (18) Vgl. den Procura+ Meilenstein-Prozess bei ICLEI (2007), S. 49.

logische Industriepolitik und Klimaschutz – Ergebnisse der und Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

- Rat für Nachhaltige Entwicklung (2008): Glaubwürdig – wirtschaftlich – zukunftsfähig: Eine moderne Beschaffungspolitik muss nachhaltig sein. Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung an die Bundesregierung, Texte Nr. 23, Berlin.
- PricewaterhouseCoopers (2009): Collection of statistical information on Green Public Procurement in the EU. Report on data collection results & Report on methodologies, the Netherlands.
- Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung (2010) Nachhaltigkeit konkret im Verwaltungshandeln umsetzen - Maßnahmenprogramm Nachhaltigkeit.
- Umweltbundesamt (2011): Regelungen der Bundesländer auf dem Gebiet der umweltfreundlichen Beschaffung, UBA-Texte 52/2011, Dessau-Roßlau.
- Umweltbundesamt (2012): Rechtsgutachten Umweltfreundliche öffentliche Beschaffung, UBA-Texte 35/2012, Dessau-Roßlau.

Literatur

- BMVBS (2008): Verstärkte Innovationsorientierung öffentlicher Beschaffung. Beschluss der Bundesregierung vom 16. Oktober 2007, Berlin.
- BMWi (2012) Allianz für eine nachhaltige Beschaffung. Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie an den Chef des Bundeskanzleramtes, 22. Oktober 2012, Berlin.
- Centre for European Policy Studies (CEPS)/ College of Europe (CoE) (2012): The Uptake of Green Public Procurement in the EU27, Main Report & Annex A, Brussels.
- Deutscher Städte- und Gemeindebund (2005): Aktionspläne der EU-Kommission für „Grüne Beschaffung“. Siehe Fußnote (8).
- ICLEI (2007): Das Procura+ Handbuch für Nachhaltigkeit und Kosteneffizienz in der öffentlichen Beschaffung, 2. Auflage, Freiburg.
- Koordinierungsstelle für Nachhaltige Beschaffung (2012): Masterplan Nachhaltigkeit für das Beschaffungsamt des BMI, Bonn.
- McKinsey&Company (2008): Potenziale der öffentlichen Beschaffung für öko-

AUTORIN + KONTAKT

Ria Müller ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW).

IÖW, Potsdamer Str. 105, 10785 Berlin.
 Tel.: +49 30 884594-76,
 E-Mail: ria.mueller@ioew.de,
 Internet: www.ioew.de



Lust auf eine geistige Erfrischung? politische ökologie

Die Zeitschrift für Querdenker und Vordenkerinnen

Es gibt Dinge, die sind erfrischend anders. Seit 25 Jahren verlässt die *politische ökologie* ausgetretene Denkpfade, spricht unliebsame Wahrheiten aus und inspiriert mit unorthodoxen Lösungsvorschlägen.



LESEPROBEN unter www.oekom.de/politische-oekom



PROBEABO
 Zwei Ausgaben für nur **18,50 Euro** statt 33,90 Euro (inkl. Versand innerhalb Deutschlands) unter abo@oekom.de



Copyright © 2013, IÖW und oekom Verlag. Die Nutzung des Artikels ist Abonnenten von Ökologisches Wirtschaften vorbehalten. Nachdruck und Vervielfältigung des Artikels einschließlich Speicherung und Nutzung auf optischen und elektronischen Datenträgern nur mit Zustimmung der Redaktion von Ökologisches Wirtschaften (<http://www.oekologisches-wirtschaften.de>).